

Vertreter/innen des Fachbereiches Jugend und Familie:

Elisabeth Möllenbeck
Jörg Schulze Sievert
Sandra Bußmeier

Es fehlen:

Ute Gertz	Ahaus
Olaf Gottschalk	Borken
Ralf Groß	Borken
Ingrid Groth	Bocholt
Berthold Langehaneberg	Legden
Werner Menke	Velen
Sebastian Zaremba	Borken

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Tönnies eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er bedankt sich bei der Stadt Vreden für die Möglichkeit, vor Ort zu tagen, um im Anschluss an die Sitzung den Jugendzeltplatz der DPSG besichtigen zu können.

Herr Schwering, Stadt Vreden, begrüßt im Namen des Bürgermeisters der Stadt Vreden den Jugendhilfeausschuss und heißt ihn im Ratssaal der Stadt Vreden herzlich willkommen. Die Jugendarbeit habe für die Stadt Vreden, vor allem aber für die hier lebenden Familien, Kinder und Jugendlichen eine große Bedeutung. Herr Haßenkamp habe noch vor wenigen Monaten das gesamte Spektrum der Jugendarbeit vorgestellt und man sei beeindruckt gewesen von der Vielseitigkeit und Schlüssigkeit der Maßnahmen und ihren Wirkungen. Die Arbeit des Fachbereiches Jugend und Familie und die starke Präsenz vor Ort würden sehr geschätzt und brächten gute Impulse.

Er wünscht den Anwesenden gute und produktive Beratungen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Ausschussmitglied Terhart vom Vorsitzenden per Handschlag auf die folgende Formel verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Anlauf- und Kontaktstelle Schöppingen: Abschlussbericht Vorlage: 0062/2006

Berichterstatte:r: Hans-J. Overmann

Herr Huesmann nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Overmann verweist auf den vorliegenden Abschlussbericht und gibt einleitend einen kurzen Überblick über die Entstehungsgeschichte und Einrichtung der Anlauf- und Kontaktstelle in Schöppingen.

Im Weiteren stellen Herrn Schulze Sievert (Fachbereich Jugend und Familie), Frau Lemken (Caritasverband), Frau Schepers (Praxis Zweers), Herr Tepasse (Pari Sozial) und Frau Witthake (Evangelische Jugendhilfe Münsterland) ihre Arbeit in der Anlauf- und Kontaktstelle vor. Sie informieren über die verschiedenen zielgruppenorientierten Angebote und berichten über deren Annahme durch die Bevölkerung. Außerdem seien verschiedene Projekte durchgeführt worden, bei denen viele Erfahrungen gemacht wurden, die in die weitere Arbeit einfließen würden. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Herr Tönnes bedankt sich für die Ausführungen.

Frau Seidensticker-Beining erkundigt sich nach der finanziellen Situation. Herr Overmann erläutert, dass bis jetzt jährliche Pauschalen von insgesamt 12.000 EUR gezahlt worden seien. Für die Zukunft sollen andere flexiblere Strukturen geschaffen werden. Dabei müsse klar sein, dass nach oben Grenzen gesetzt seien. Es gelte, eine sinnvolle und flexible Lösung zu schaffen.

Frau Kerkhoff erklärt, sie sei überzeugt von der positiven Arbeit der Anlauf- und Kontaktstelle. Auf ihre Frage, ob die vorgestellten Projekte abschließend seien oder ob es noch weitere Ideen gäbe, erläutert Herr Schulze Sievert, dass es neue Projektideen gäbe, die auf Bedürfnisse vor Ort ausgerichtet seien. Herr Overmann ergänzt, dass es aus Sicht des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe wichtig sei, frühzeitig die Problemlagen zu kennen, um auch frühzeitig durch entsprechende Hilfen Unterstützung leisten zu können.

In der weiteren Diskussion wird die Sprechstunde in der Hauptschule, die von der Anlauf- und Kontaktstelle dort durchgeführt wird, thematisiert. Dabei wird deutlich, dass die Sprechstunde gut angenommen wird und ein intensiver Kontakt zur Hauptschule besteht.

Insgesamt besteht Einigkeit darüber, dass die intensive Präsenz vor Ort eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung bewirke.

Herr Tönnes bedankt sich bei den Gästen und hofft auf weitere gute Zusammenarbeit.

Vorsitzender Tönnes lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Abschlussbericht der Anlauf- und Kontaktstelle Schöppingen „Haus Sasse“ zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, das Projekt Anlauf- und Kontaktstelle Schöppingen ab dem 01.07.2006 für weitere 3 Jahre zu verlängern. Dabei gelten die bisherigen Finanzierungsvereinbarungen des Projektes insgesamt für 2006 weiterhin. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den am Projekt teilnehmenden freien Trägern eine Finanzierungsvereinbarung für die weitere Laufzeit ab dem 01.01.2007 zu treffen. Über das Ergebnis wird der Jugendhilfeausschuss informiert.

Punkt 2: Verabschiedung einer Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 0108/2006

Berichtersteller: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Frau Seidensticker-Beinig stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zurückzustellen.

Frau Kerkhoff und Herr Tönnes betonen, dass sie es für wichtig hielten, dieses Thema im Jugendhilfeausschuss zu beraten.

Punkt 3: Verabschiedung einer Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Tagespflege
Vorlage: 0118/2006

Berichterstatter: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Haßenkamp erläutert die Vorlage und verweist auf die vorangegangene pädagogische und inhaltliche Diskussion zu dieser Betreuungsform.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Der Kreistag beschließt die vorliegende Satzung für die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tagespflege zum 01.08.2006.

Punkt 4: Geschäftsstatistik und Geschäftsbericht 2005
Vorlage: 0097/2006

Berichterstatter: Hans-J. Overmann

Herr Overmann gibt einen Überblick über wesentliche Entwicklungen des Geschäftsbereiches.

Im Kindergartenbereich sei inzwischen eine Versorgungsquote von 105,9 % erreicht worden. 1995/1996 hätte diese noch bei nur 81,6 % gelegen. Hieran sei ablesbar, welche Aktivitäten in diesem Bereich erfolgt seien.

Er führt weiter aus, dass die Jugendhäuser personell gut besetzt seien und sich dieses in guter Arbeit bemerkbar mache.

Die Inanspruchnahme der flexiblen Jugendhilfen steige weiter an. Hierin spiegele sich die Veränderung der familiären Situationen wider.

Die Zahl der Heimunterbringungen sei so niedrig wie seit Jahren nicht mehr. Er hoffe darauf, dass sich dieser Trend weiter fortsetze.

Für die Hilfen für junge Volljährige würde für die Zukunft ein Zuwachs prognostiziert.

Die Beratungsleistungen nach § 16 SGB VIII – Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie und nach § 17 SGB VIII – Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung würden sehr stark nachgefragt. Mit insgesamt 1.581 Fällen sei dies der höchste Stand seit Jahren.

Die Zahl der Fälle in der Jugendgerichtshilfe sei mit 900 zwar recht hoch, insgesamt aber eine Stagnation feststellbar.

Im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen sei die Fallzahl zwar im Vergleich zu 2001 deutlich höher, im Vergleich zu 2004 aber nicht noch weiter angestiegen.

Herr Overmann erinnert an das Logo der Geschäftsstatistik 2004, das für die gemeinsame Adoptionsvermittlung stehe. Diese habe im Frühjahr 2005 ihre Arbeit aufgenommen und sich etabliert. Bisher seien 30 Vermittlungen erfolgt

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Geschäftsstatistik 2005 zur Kenntnis.

Punkt 5: 1. Controllingbericht zum 30.04.2006
Vorlage: 0099/2006

Berichterstatte:r: Mechtild Schulze Hessing

Frau Schulze Hessing erläutert die Vorlage. Insgesamt seien es bei vielen Positionen nur marginale Abweichungen. Zum Stichtag 30.04.2006 wäre es noch möglich gewesen, ein Plus vorzulegen. Obwohl das Defizit aus der Kürzung der Landesmittel im Bereich der Kindertageseinrichtungen sich erst nach diesem Zeitpunkt herauskristallisiert habe, sei es hier mit aufgenommen worden, um die gesamte finanzielle Entwicklung transparent zu machen.

Zur Zeit könne das Defizit von 167 T-EUR durch die Rücklage ausgeglichen werden. Dabei müsse aber beachtet werden, dass die Rücklage bereits deutlich in Anspruch genommen werden müsse, um Mindereinnahmen aus der Jugendamtsumlage, die auf verringerte Umlagegrundlagen zurück zu führen seien, aufzufangen.

Auf Nachfrage von Frau Kerkhoff erläutern Frau Schulze Hessing und Kreisdirektor Haßenkamp, dass die Berechnung der Umlagegrundlagen vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) vorgenommen werde. Hier fließe unter anderem die Steuerkraft der Gemeinden ein. Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2006 (GFG 2006) sei erst sehr spät verabschiedet worden, so dass bei der Haushaltsaufstellung eine Modellberechnung des LDS habe zu Grunde gelegt werden müssen. Neuberechnungen durch das LDS nach Verabschiedung des GFG 2006 hätten niedrigere Umlagegrundlagen ergeben.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ergebnisse des 1. Controllingberichts zum 30.04.2006 zur Kenntnis.

Punkt 6: Zwischenstand zur Umsetzung des Maßnahmenprogrammes 2006
Vorlage: 0064/2006

Berichterstatte:r: Elisabeth Möllenbeck

Frau Möllenbeck erläutert die Vorlage.

Frau Pohl regt im Zusammenhang mit Punkt 4 – Erhebung der Beratungsangebote für Familien mit behinderten Kindern die Einrichtung eines runden Tisches an. Hierzu werde sie unter Tagesordnungspunkt 7 – Maßnahmenprogramm 2007 - einen entsprechenden Antrag stellen.

Auf die Frage von Herrn Ludwig, inwieweit der Kreis bei der Einrichtung der Familienzentren beteiligt gewesen sei, teilt Frau Möllenbeck mit, dass das Verfahren eine Beteiligung der Jugendämter nicht vorsah.

Zu Punkt 9 – Bereitstellung von Angeboten zur Zertifizierung von Babysittern entsteht eine längere Diskussion. Es besteht Einigkeit darüber, dass nicht nur die Quantität, sondern vor allem die Qualität der Kurse eine wichtige Rolle spiele. Es sei jedoch problematisch, die verschiedenen Kursangebote zu standardisieren. Vielmehr solle es einen Kriterienkatalog als Empfehlung geben. Damit würde, so Herr Tönnies, auch das beabsichtigte Ziel erreicht, sowohl für die Familien als auch für die Babysitter eine gewisse Sicherheit zu bekommen.

Zu Punkt 11 – Umsetzung der Beschlüsse des JHA zur Einführung von Schulsozialarbeit als präventives Angebot der Jugendhilfe erfragt Frau Kerkhoff den derzeitigen Sachstand in Rhede. Kreisdirektor Haßenkamp teilt mit, dass ein großes Interesse bestünde, die Schulsozialarbeit in Rhede zu installieren. Die Situation habe sich allerdings zwischenzeitlich geändert. So sei die Zahl der Hauptschulen von 2 auf 1 verringert worden. Außerdem sei die Beschlusslage grundsätzlich so, dass der Kreis und die Gemeinden des Jugendamtsbezirkes zusammen eine halbe Stelle finanzierten. Bei der Finanzierung der weiteren halben Stelle durch das DRK habe es zunächst Schwierigkeiten mit Förderzusagen durch Dritte gegeben. Inzwischen sei die Finanzierung jedoch geklärt, das DRK würde die Restfinanzierung übernehmen. Herr Overmann ergänzt, dass es zwischen dem DRK und dem Fachbereich Jugend und Familie eine Vereinbarung gäbe, die die Dienst- und Fachaufsicht sowie die Anbindung an den ASD regle. Alle Beteiligten hätten nun ein großes Interesse an einer zügigen Umsetzung.

Zu Punkt 15 – Vorhaltung von Angeboten des „Baby-Think-It-Over-Programmes“ äußert sich Frau Seidensticker-Beining. Sie habe bei dem Beschluss über dieses Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen bereits nachgefragt, ob Folgekosten entstünden. Dieses sei verneint worden. Aus dem Sachstandsbericht sei jetzt Gegenteiliges zu entnehmen.

Herr Overmann berichtet, dass es Gespräche über die Durchführung von Angeboten mit verschiedenen Trägern gegeben habe. Es lägen zwei Konzepte vor. Danach würde der SkF Bocholt den südlichen Teil des Kreisgebietes und die Ev. Jugendhilfe den nördlichen Teil des Kreisgebietes abdecken. Die Kosten hierfür würden zur Zeit noch kalkuliert.

Frau Kerkhoff hält die Vorgehensweise der Zusammenarbeit mit den freien Träger für sehr gut nachvollziehbar. Frau Pohl ergänzt, dass das Anliegen vor allem darin bestand, Multiplikatoren auszubilden. Herr Overmann sagt zu, entsprechende Schulungsmöglichkeiten einschließlich ihrer Kosten weiter zu eruieren.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Großes Interesse an einer Ermittlung und Umsetzung des Betreuungsbedarfes für unter 3-jährige Kinder hätten die Gemeinden Gescher und Schöppingen gezeigt. Es werden weitere Gespräche geführt, um die Vorgehensweise und die zeitliche Perspektive abzustimmen.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Kinder in Tagespflege kontinuierlich gestiegen. Es ist davon auszugehen, dass sie ab 2006 stärker zunimmt als in den vergangenen Jahren.

Punkt 9: Anfragen

Frau Seidensticker-Beining teilt mit, sie sei durch einen Bericht der Ahauser Zeitung auf sog. Soft-Air-Waffen aufmerksam geworden, die echten Waffen sehr ähnlich sähen. Sie fragt an, ob es im Jugendamtsbereich schon Vorkommnisse mit diesen Waffen gegeben habe.

Herr Overmann sagt zu, die Anfrage im Protokoll zu beantworten.

Herr Hollstegge führt dazu aus, im Bezirk des Amtsgerichtes Borken habe es in den letzten Jahren 2 oder 3 Verfahren gegeben. Es sei um kleinere Verletzungen gegangen und es sei Anklage wegen Körperverletzung erhoben worden. Es habe noch keine Klagen wegen (Raub-)Überfällen gegeben.

Es sind dem Fachbereich Jugend und Familie im Kontext von Gewalthandlungen und Übergriffen keine Fälle bekannt, in denen Soft-Air-Waffen eingesetzt wurden. Insgesamt kann die Problematik der Soft-Air-Waffen insgesamt eher als wenig bedeutsam bezeichnet werden. Dennoch ist zu beachten, dass diese Waffen auf einige Jugendlichen durchaus einen gewissen Reiz ausüben. Aus diesem Grund werden Haupt- und Ehrenamtliche für diese Thematik sensibilisiert. So wurden z.B. im Jahr 2004 die Jugendeinrichtungen mit Arbeitsheften zum Waffenrecht ausgestattet.

Ende des öffentlichen Teils